

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreibst.: Tagesblatt Riessa.  
Fernruf Nr. 29.

Das Riessaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1339  
Verlagslokal: Riessa Nr. 22.

Nr. 300.

Mittwoch, 24. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 500 Zeilen 3 Mark hohe Grundchrift-Jelle (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riessa.

## Politische Weihnacht 1924.

Nach den zermürbenden Ereignissen des Krieges, der Revolution und der Inflationserschütterungen ist das Weihnachtsfest von 1924 das erste, das das deutsche Volk in Frieden und ohne Erbitterung feiern kann. Zwischen dem opferreichen Kampfe und all seinen wirtschaftlichen Verfallserscheinungen und heute liegt genau ein Jahr. Als die ersten Versuche zur Stabilisierung der deutschen Währung gemacht wurden, zeigte sich mit einem Schlage, wie arm das deutsche Volk geworden war. Wenn man diesmal in trautem Kreise das Weihnachtsfest begeht, so wird man sich vielleicht in einer Minute ernten Nachdenkens daran erinnern, wie im vorigen Jahre überall Sammlungen und Opferspenden veranstaltet wurden, um den hungernden und Darbenden zu Hilfe zu kommen. Man wird daran denken, wie das Alter elend und stierend an den Straßenenden stand, um mit zitternden Händen ein Almosen zu erbitten, und man wird der unterernährten Kinder und der von der Not zerrütteten Jugend gedenken, deren fehlende Kraft unter den furchtbaren Elenderscheinungen zertrümmert ward. Heute ist es wesentlich besser geworden. Obwohl noch sehr viel Not und Elend in Deutschland besteht, so ist doch die Massenercheinung des Hungers und Darbens ganz allmählich auf einen kleineren Kreis beschränkt worden. Diese Entwicklung wurde gefördert durch eine Arbeit des Friedens und des Wiederaufbaues, durch ein ehrliches und selbstbewusstes Streben von Staatsmännern, die den festen Willen dazu hatten, die furchtbare Schmach des zwanzigsten Jahrhunderts zu überwinden, die man in der Verleumdung ganzer Völker erbilden muß. In Deutschland waren es der Reichskanzler Dr. Marx und der Außenminister Dr. Stresemann, die mit übermenschlichen Anstrengungen den Kampf gegen diejenigen Kräfte führten, die nicht den Opfermut aufbringen mochten, um dem deutschen Volke die Möglichkeit zur Wiedergeburt und zum Wiederaufstieg zu geben. Man sollte aber auch an diejenigen Staatsmänner der Entente denken, die sich in dieser Zeit maßvoll und vernünftig benommen haben, und die den von Völkern beschränkten Weg der einseitigen Nachgiebigkeit verließen, um die politischen Probleme aus dem Fahrwasser der Gewaltanwendung und des politischen Druckes herauszuführen. Man braucht kein Anhänger des Pazifismus zu sein, um ehrlich die Tatsache auszusprechen, daß das Wirken eines Machtmanns in England und eines Herrin in Frankreich bessere Verhältnisse für Europa geschaffen haben. Diese beiden Staatsmänner sind wahrhaftig keine Freunde Deutschlands, und sie mögen auch heute noch gewisse Ziele verfolgen, gegen die das deutsche Volk in seinem Streben nach nationaler Selbstständigkeit ankämpfen muß. Aber sie haben mit ihrer Politik der Wägung dem deutschen Volk die Möglichkeit der Selbstbestimmung gegeben und können es daher beanspruchen, daß man auch in Deutschland ihren guten Willen anerkennt.

In der innerdeutschen Politik spielen sich gegenwärtig Dinge ab, die für die Interessen des Landes und für das Wohl des Volkes wenig erhellend sind. Es scheint, als ob gewisse Politiker den klaren Blick für die Dinge verloren haben und nicht mehr wissen, wozu eine furchtbare ernste Zeit hinter uns liegt. Deutschland braucht den Frieden innen und außen, wenn es von den schweren Schicksalsschlägen wieder genesen soll. Weder ein Kampfblock von rechts noch ein solcher von links bietet die Gewähr dafür, daß die deutsche Politik wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gelenkt wird. Nachdem der Wahlkampf beendet ist, sollen die politischen Gegensätze zum Schweigen kommen, damit es möglich erscheint, eine arbeitsfähige Regierung zu bilden, die in der Lage ist, das Friedens- und Wiederaufbauwerk nach außen und innen zu Ende zu führen. Wer jetzt die Zeit für gekommen hält, Nachkämpfe zum Ausstrag bringen zu wollen, der gefährdet die Fortführung einer Politik, deren Erfolge das ganze deutsche Volk allmählich ernten wird. Man darf hoffen, daß der Reichskanzler Dr. Marx, der an der Spitze des letzten Jahres ein großes Verdienst für seine aufopfernde Tätigkeit beanspruchen kann, nicht länger mehr von seinen Gegnern beschimpft und bescholten wird, und daß es ihm gelingt, nach Neujahr ein neues Kabinett zusammen zu stellen, das den Bedürfnissen des Landes Rechnung trägt. Es ist vielleicht ganz gut, daß man jetzt während der Weihnachtsfeiertage die hohe Politik zum Schweigen bringt und die weiteren Auseinandersetzungen für später verschleibt. Das Schauspiel, das wir in den letzten zwei Monaten beim Kampf um die Regierungsmacht erlebt haben, ist unwürdig genug gewesen, um das deutsche Volk jetzt damit zu verschonen. Wenn es aber nun einmal so sein muß, daß die Gegensätze zum Ausstrag gebracht werden, dann sollte man wenigstens warten, bis der Reichstag zusammengetreten ist. Konfliktstoffe sind genug vorhanden, aber sie werden nicht zu einer ernsten Explosion führen, wenn man sie im Parlament selbst austrägt, wo man es inzwischen gelernt hat, auch einige Mißgeschick mit Gelassenheit zu ertragen. Daß diese Gegensätze aber gerade bei der Regierungsbildung ausgetragen werden sollen, erscheint recht überflüssig, denn auch die festige Zeit ist noch ernst genug und erfordert noch ausreichende Anstrengungen, um vernünftigen Politikern klar zu machen, daß es wenig Sinn hat, sich an die Regierung zu drängen. Es gibt Kreise in Deutschland, denen es jetzt vor allen Dingen darauf ankommt, zu Regierungsmacht zu gelangen, und die dabei weniger an die Interessen des Volkes als an ihre eigenen parteipolitischen Ziele denken. Vielleicht wird es nicht möglich sein, sich länger mit diesen Kreisen auseinanderzusetzen, da es genug Stimmen gibt, die dafür eintraten, daß man ihnen einmal für einige Zeit wieder das Staatsruhr überläßt, damit sie zeigen können, ob sie nicht nur nichts verfehlen, sondern auch etwas hinzugeleitet haben.

## Rundgebung für den Reichspräsidenten.

### Einstimmiger Beschluß des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkdruck.) In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, an der unter Vorsitz des Vizekanzlers und Reichsministers des Innern Dr. Jarres sowie sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts teilnahmen, wurde einstimmig eine Rundgebung für den Reichspräsidenten beschlossen. Um dieser Entschlußung besonderen Ausdruck zu verleihen, begaben sich heute vormittag sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister zu dem Reichspräsidenten, wobei Vizekanzler Dr. Jarres die Entschlußung des Kabinetts übermittelte.

Die Rundgebung lautet: „Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, Ihnen Herr Reichspräsident, die Empfindung zum Ausdruck zu bringen, die uns angesichts des Schwers bewegen, das Sie in diesen Tagen zu tragen haben. Wer an der Spitze des Deutschen Reiches steht, hat des Vaterlandes Wohl zu fördern und zu wahren. Wir haben zum Teil in jahrelanger Zusammenarbeit mit Ihnen Ihr Wirken kennen gelernt und Ihre Persönlichkeit politisch und menschlich schätzen gelernt. Auf Grund dieser Kenntnis wünschen wir Ihnen zu sagen, daß wir einmütig ohne Unterschied der Parteistellung die Überzeugung haben, daß Ihre Tätigkeit stets zum Wohle des deutschen Vaterlandes gepulst hat. Lassen Sie uns Ihnen in diesem Sinne unsere besten Wünsche für Ihre weitere Tätigkeit in Ihrem hohen verantwortungsvollen Amte ausprechen.“

Der von Berlin abwesende Reichskanzler Marx hat den Vizekanzler Dr. Jarres beauftragt, den Reichspräsidenten zum Ausdruck zu bringen, daß er die Empfindung und Wünsche des Kabinetts aufrichtig teilt.

## Der Reichskanzler zur Räumungsfrage.

Den Reichsforderungen der Alliierten komme im Vergleich mit der ganzen bisher durchgeführten Entwaffnungsaktion nur verschwindend geringe Bedeutung zu.

Nach Hinweis auf die gestern veröffentlichte deutsche Note an den Völkerbund fuhr der Reichskanzler fort:

„Rein Mensch in der Welt kann behaupten, daß Deutschland alle irgendwie wesentlichen Abrüstungsbedingungen erfüllt hat und daß es in einem Maße entwaffnet ist, wie dies wohl noch niemals in der Geschichte ein großes Volk über sich hat ergehen lassen müssen, und daß von irgendwelchen deutschen Angriffsmöglichkeiten auch nicht im entferntesten die Rede sein kann. Die Befestigung der Rheinlande ist vom Versailler Vertrag als Sicherung der Weltmacht gegen deutsche Angriffsabsichten gedacht. Da derartige Absichten völlig außer Bereich der Möglichkeit liegen, kann aus jenen geringfügigen Restpunkten bei lokaler Vertragsauslegung kein Recht hergeleitet werden, die Befestigung zu Sicherungszwecken über die vertraglichen Fristen hinaus zu verlängern. Wenn durch die Räumung der Kölner Zone für die weitere Befestigung des Ruhrgebietes technische Schwierigkeiten entstehen, so können diese nicht anders beseitigt werden, als daß mit der Räumung der Kölner Zone auch der Abbau der Ruhrbefestigung eingeleitet wird, sonst würde die Folge eintreten, daß zur Aufrechterhaltung des rechtswidrigen Zustandes, wie ihn die Ruhrbefestigung darstellt, eine weitere rechtswidrige Handlung begangen wird. Es ist nicht abzusehen, was geschehen würde, wenn an die Stelle sachlicher vertrauensvoller Zusammenarbeit jetzt wieder ein krisenhafter Konfliktzustand treten würde. Lord Curzon sagte unlängst, daß eine verlängerte Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete nicht geeignet sei, zu einer allgemeinen Befriedung Mitteleuropas und zu einer Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Lage beizutragen. Wenn sich die Alliierten über diese Seite der Angelegenheit klar sind, so werden sie sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß für eine Hinanschiebung der Räumung kein Grund vorliegt, der den von Lord Curzon angedeuteten Gefahren für die Befriedung und den Wiederaufbau Europas die Waage halten könnte.“

„Zur Frage der Räumung der Kölner Zone erklärte der Reichskanzler einem Vertreter der Rheinischen Volkszeitung, daß ihn diese Angelegenheit mit größter Sorge erhalte, daß nach allen vorliegenden Nachrichten die Alliierten schon jetzt, auch schon vor Fertigstellung des Berichtes der Kontrollkommission, entschlossen sind, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen. Das könnte Folgen haben, die nicht nur vom deutschen, sondern auch vom Standpunkt der europäischen Gesamtpolitik äußerst beklagenswert wären. Bei lokaler Fortsetzung der Politik der Völkervereinbarungen müßte die Räumung der ersten Rheinlandzone am 10. Januar erfolgen. Ohne diese Räumung drohen alle Erfolge jener Politik hinfällig zu werden.“

In Deutschland, namentlich auch in den besetzten Gebieten, würde die Befestigung Platz greifen, daß der große Preis, den Deutschland mit der Übernahme der Verantwortung gezahlt hat, vergeblich gezahlt worden ist. Die folgenreichere Absicht der Alliierten könne keineswegs mit deutschen Verfassungen in der Entwaffnungsfrage begründet werden. Sachlich bedeute sie die Rückkehr zur Sanktionspolitik, gegen die sich zurzeit der Völkervereinbarungen die öffentliche Meinung fast der ganzen Welt entschieden angeprochen habe.

Nach einem Rückblick über die letzten Verhandlungen zur Militärkontrolle, die schließlich zur Einwilligung Deutschlands in die Generalinspektion führten, erinnerte der Reichskanzler daran, daß sich im vergangenen Sommer der französische Ministerpräsident und der englische Premierminister unmittelbar in einem Schreiben an ihn selbst gewandt haben, wobei sie erneut den letzten Willen zum Ausdruck brachten, Deutschland durch die Militärkontrolle keine Verlegenheiten zu bereiten und die Kontrolle seinen Augenblick länger, als unbedingt notwendig sei, fortzusetzen.

Er erinnerte ferner an den reibungslosen Verlauf der Generalinspektion, bei der seit Anfang September mehr als 1700 Kontrollbesuche ausgeführt worden sind, sowie an die in manchen Teilen unter erheblichen Jugendadmitten Deutschlands erreichte teilweise Einigung über die bestimmten 5 Punkte. Es gehe nicht an, ohne weiteres von deutschen Verfehlungen und Vertragsverletzungen zu sprechen, Selbst bei der Annahme, daß die Generalinspektion nicht allen alliierten Forderungen entsprochen habe und daß die Meinungsverschiedenheiten über die 5 Punkte noch nicht befriedigend geregelt seien, könne man doch unmöglich eine so schwerwiegende Maßnahme wie die weitere Befestigung deutschen Gebiets rechtfertigen.

## Gegen die Verschleppung der Regierungstrife.

Ein erster Aufruf gegen die Parteintrigen.

Männer und Frauen der verschiedenen Parteitraktionen erlassen, wie aus Jena gemeldet wird, folgenden Aufruf: „Aufs neue feiert der Parteihader in Berlin Triumphe. Man führt ohne Grund das Volk in einen tödlichen Wahlkampf, um ein machthaberndes Parteiführer geschmiedes Parlament zu schaffen. Nachdem das Volk sich erneut für eine stabile nationale Regierung entschieden hat, ist man zu feige, die Konsequenzen zu ziehen. In einem Augenblick, in dem das vertragswidrige Verhalten der Entente eine feste Regierung dringend erfordert, machen uns heimliche Parteintrigen und die völlige politische Unfähigkeit ihrer Urheber zum Gespött des Auslandes.“

Im klaren Bewußtsein des Ernstes der Lage erheben wir auf das schärfste gegen jede weitere Hinanschiebung der Regierungsbildung Widerpruch. Die Gesundheit des Volkes ist erschöpft. Gelingt es nicht, mit den gegenwärtigen Möglichkeiten sofort Abhilfe zu schaffen, so steht die Frage zur Entscheidung, ob die Weimarer Verfassung geeignet ist, Deutschlands Zukunft sicherzustellen. Die Regierungstrife wird dann zur Staatskrise, deren Lösung keinerlei Rücksicht mehr duldet.

Unterschiedet ist dieser Aufruf mit 65 Namen, darunter Prof. Borch, Vorstandsmitglied der Firma Zeiss J. J., Baurfeld, Dr. Blumener, Prof. Carlstedt, General der Infanterie R. von Eberhardt, Dr. Erben, Oberverwaltungsgerichtspräsident, Prof. Ludwig Elster, Prof. Euden, Prof. Gerland, Dr. V. von Hagen usw.

## Die feste Haltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Die Ruhe in den innerpolitischen Verhandlungen veranlaßt einen Teil der insbesondere für die Interessen der Sozialdemokratie und der Demokraten eintrichtenden Korrespondenzen und Zeitungen, Vermittlungsvorschläge zu lancieren. Dazu gehört auch eine in der Presse ziemlich weitverbreitete Meldung einer Korrespondenz, wonach der bisherige Reichskanzler vor seiner geistigen Abreise nach Emsbrunn den erfolgreichen Versuch gemacht haben soll, den Außenminister Dr. Stresemann zu einem Kompromiß zu veranlassen. Dieses Kompromiß soll darin bestehen, daß die im Kabinett schon seit längerer Zeit freien Posten einschließlich des demnächst freierwerbenden Postens des Reichsinnenministers der Deutschen Volkspartei angeboten werden sollen, und daß die Deutsche Volkspartei dafür ihr Einverständnis zur Fortsetzung der Koalition der Mitte gegeben haben soll. Diese Meldung ist, wie das Organ der Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, berichtet, vollständig falsch. Derartige Verhandlungen haben nicht stattgefunden. Außerdem würde die Deutsche Volkspartei, wenn ein derartiger Vorschlag an sie heranträte, in voller Gesetzmäßigkeit und Einheit ein solches Angebot nicht annehmen. Im übrigen verlaute, daß der Außenminister, wenn der Reichspräsident und der bisherige Reichskanzler die Abreise haben sollten, die Koalition der Mitte in irgendeiner Form fortzusetzen, wahrscheinlich kein Amt niederlegen werde. Die Deutsche Volkspartei würde dann natürlich ein derartiges Kabinett zu Fall bringen. Entsprechende Erklärungen des Außenministers sollen, wie es heißt, in aller Kürze erfolgen.

## Die Prüfung des Militärkontrollberichts.

(London. Reuter erklärt: Der Vorkontrollrat wird heute in Paris zusammentreten und sich wahrscheinlich mit dem vorläufigen Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission befassen, der dem militärischen Komitee in Versailles, dessen Vorsitzender Marshal Foch ist, soden zugewandt ist. Abklärungsweise wird der Vorkontrollrat die Entsendung einer Witterung in Deutschland über die Kölner Zone in Erwägung ziehen. Vielleicht erweist es sich als möglich, bereits auf Grund des vorläufigen Berichtes eine Entscheidung zu treffen. Doch ist man hier der Meinung, daß eine Entscheidung von so vitaler Wichtigkeit nur nach reiflicher Prüfung des vollständigen endgültigen Berichtes gefällt werden kann.